

Kundgebung der Luxemburger Landwirtschaft gestern in Ettelbrück

Ein Berufsstand in Ketten

Bauern, Winzer und Forstleute sehen sich zusehends als Opfer auf dem Altar einer radikalen Landesplanungs- und Umweltpolitik

VON JOHN LAMBERTY

Von Bürokraten mit Vorschriften und Verboten entmündigt und entrechtet, von einer allmächtigen Ökolobby als Umweltsünder abgestempelt, von der Regierung ignoriert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt: Die Luxemburger Landwirtschaft sieht sich offenbar zusehends als Opfer einer radikalen Landesplanungs- und Umweltpolitik. Im Zuge einer gemeinsamen Kundgebung richteten gestern nun in Ettelbrück rund 1 500 Bauern, Winzer und Forstleute einen klaren Appell an die da oben: „Et geet duer!“

Erachtet die Politik den luxemburgischen Agrarsektor noch als erhaltenswerten Wirtschaftszweig oder nur noch als unliebsamen Störfaktor, der sich unter allen Bedingungen dem Primat einer radikalen Landesplanungs- und Umweltpolitik zu unterwerfen hat? Diese grundlegende Frage zog sich gestern in der Ettelbrücker Deichhalle wie ein roter Faden durch die Vorträge aller Redner der land- und forstwirtschaftlichen Gewerkschaften.

Zwischen Protest und Parteipolitik

Richteten sich Frust und Ärger auch generell gegen die seit Jahren wachsende Bevormundung des Agrarsektors auf nationaler und europäischer Ebene, so stand die Politik der blau-rot-grünen Regierung doch besonders im Kreuzfeuer der Kritik. Wohl auch der ausschlaggebende Grund dafür, dass die DP-nahe „Bauernallianz“ der Kundgebung lieber vorab ferngeblieben war, während die CSV gleich mit mehreren Abgeordneten angetreten war, um den Vertretern der Bauernzentrale, des „Fräie Lëtzebuurger Bauereverband“ (FLB) und der anderen Berufs- und Interessengruppen ihre Solidarität zu bekunden.

Zur Hauptforderung des Agrarsektors erhob der Vorsitzende der

Bauernzentrale, Marc Fisch, dabei besonders den Respekt vor den Leistungen der Landwirtschaft und die Anerkennung derselben durch eine Politik, die die Zukunft der Betriebe abzusichern helfe, statt ihr die Existenzgrundlagen zu entziehen. Genau dies geschehe zurzeit nämlich auf verschiedensten Ebenen, etwa durch eine inakzeptable Ausweitung des Eigentumsrechts im Zuge der Landesplanung oder die zunehmende Belastung der Bauern durch völlig überzogene Bewirtschaftungsauflagen und Verbote.

In diesem Sinne rief Marc Fisch die Regierung denn auch auf, die Ausrichtung der sektoriellen Leitpläne gründlich zu überdenken und den Leitplan „Naturlandschaften“ in seiner jetzigen Form gleich gänzlich zurückzuziehen. Im Gegenzug gelte es ein Schutzinstrument zu schaffen, das den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen für die Produktion hochwertiger Lebensmittel hierzulande garantiere.

Dass die Idee zur Einführung von „zones agricoles protégées“ mit dem Verweis auf drohende Besitzklagen von der jetzigen Regierung verworfen wurde, während sie das Eigentumsrecht zur Verwirklichung staatlicher Bauvorhaben oder zur Aneignung von Kompensationsflächen im Gegenzug selbst mit Füßen treten wolle, wertete Guy Feyder von der Bauernzentrale als Ausblau-rot-grünen Regierung doch besonders im Kreuzfeuer der Kritik. Wohl auch der ausschlaggebende Grund dafür, dass die DP-nahe „Bauernallianz“ der Kundgebung lieber vorab ferngeblieben war, während die CSV gleich mit mehreren Abgeordneten angetreten war, um den Vertretern der Bauernzentrale, des „Fräie Lëtzebuurger Bauereverband“ (FLB) und der anderen Berufs- und Interessengruppen ihre Solidarität zu bekunden.

Ohne Stützmittel seien regionale und hochwertige Lebensmittel hierzulande weder von der konventionellen, noch von der biologischen Landwirtschaft zu konkurrenzfähigen Preisen zu produzieren, betonte etwa FLB-Redner Gast Welbes. Anstatt die Bauern ideologisch gegeneinander auszuspielen, gelte es daher im Dia-



Die Redner aller anwesenden Gewerkschaften und Verbände forderten gestern mehr Respekt vor den vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft. (FOTO: G. JALLAY)

log gemeinsam nach einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Bewirtschaftung zu streben.

Dass die Luxemburger Landwirte dazu bereit seien, hätten diese in den vergangenen Jahren auch ein ums andere Mal bewiesen, wie Präsident Jeff Boonen im Namen der „Jongbauern a Jongwënzer“ unterstrich. Unter der Prämisse, dass Nachhaltigkeit neben Ökologie auch Wirtschaftlichkeit und Soziales zu berücksichtigen habe, gelte es denn auch gerade den Jungbauern und Jungwinzern angemessene Zukunftsperspektiven zu bieten, statt ihnen mit überbordender Bürokratie oder unerträglichen Auflagen der Innovationsgeist und die Freude am Beruf zu nehmen, so Boonen.

„Auch Nachhaltigkeit muss Perspektiven eröffnen“

Auch Marc Fisch hatte zuvor bereits gefordert, das zuletzt arg gebeutelte Image des Agrarsektors in der Gesellschaft durch objektive Information und Sensibilisierung aufzubessern. So sei die

Wir haben es endgültig satt, zu spüren, zu hören und zu sehen, dass wir offenbar ein Störfaktor sind, egal wo wir sind.“

Guy Feyder, Bauernzentrale

Landwirtschaft in den vergangenen Wochen auch zu Unrecht für die durchaus ernst zu nehmende Problematik der Trinkwasserbelastung an den öffentlichen Pranger gestellt worden.

Fakt sei schließlich, dass die Bauern doch stets nur jene Pflanzenschutzmittel eingesetzt hätten, die nach den strengen europäischen und nationalen Auflagen zugelassen seien. Statt nun dem Druck der Ökolobby mit übertriebenem Verbotsaktivismus nachzugeben, sollte die Politik vielmehr eine sachliche Debatte einleiten und dem Bürger dabei auch offen sagen, dass sich die Landwirte bereits seit mehr als 20 Jahren an Programmen zum Trinkwasserschutz beteiligen, so Fisch.

... und im Walde

Zusehends entmündigt und gegängelt sehen sich zurzeit auch die im „Groupement des sylviculteurs“ zusammengeschlossenen Privatwaldbesitzer, für die Sekretär Henri Wurth gestern in Ettelbrück die Stimme erhob. Auch im Walde schein hierzulande mittlerweile jeder ein Anrecht auf Mitsprache bei der Ausgestaltung der Forstwirtschaft zu erheben, ohne auch nur an die Eigentumsrechte und Entscheidungshoheit der Privatbesitzer zu denken, so Wurth. Dass diese der Gesellschaft ihre Wälder unentgeltlich als Erholungsgebiet bereitstellen und dank einer verantwortungsvollen Bewirtschaftung zum Luft- bzw. Wasserschutz und zur Förderung nachhaltiger Energienutzung beitragen, sei den meisten gar nicht erst bewusst. Fordere man auch keine Gegenleistung, so doch zumindest den Respekt vor dem Eigentum und dem Prinzip, dass Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen müssten, so Wurth. Ziel des Staates könne es denn auch nicht sein, den Privatwaldbesitzern mit übermäßigen Vorschriften und Bevormundungen letztlich das Interesse an einer Bewirtschaftung zu nehmen. (j)



Wir brauchen ein leidenschaftliches Plädoyer für Qualität und Regionalität.“

Landwirtschaftsminister Fernand Etgen
(Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ vom 24. März 2014)

Landwirtschaft in Luxemburg

Die Landwirtschaft in Luxemburg, das sind 2 137 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Anbaufläche von 131 492 Hektar. Im Durchschnitt bewirtschaftet ein Bauernhof hierzulande 68,4 Hektar.

In der Landwirtschaft sind 4 228 Arbeitskräfte beschäftigt, darunter 2 073 selbstständige Bauern.

Die Milchwirtschaft ist das wichtigste Standbein der luxemburgischen Landwirtschaft, 44 Prozent der Nutzfläche sind folglich Viehweiden. Zu je einem Fünftel werden die Ackerflächen zum Getreideanbau und zum Anbau von sonstigen Futterflächen genutzt.

Beim Tierbestand dominieren die Rinder. Die jährlich zum 15. Mai durchgeführte Zählung ergab einen Bestand von 188 473 Rindern, 90 023 Schweinen, 8 211 Schafen und 4 887 Pferden.

Auf den luxemburgischen Höfen wurden im Vorjahr 28 600 Tonnen Fleisch und 295 900 Tonnen Milch erzeugt. (mas)

Quelle: Luxemburg in Zahlen 2014

Im Weinberg ...

Neben den Landwirten hatten sich gestern in Ettelbrück auch Mitglieder der luxemburgischen Winzerschaft eingefunden, um auf ihre Sorgen und Nöte aufmerksam zu machen. Deren Vertreter Paul Funck beklagte dabei zunächst die im Zuge des Sparpakets angekündigte Senkung des staatlichen Beitrags zum „Fonds Viticole“ um fast 40 Prozent. Eine Maßnahme, die die Werbekapazitäten der Branche schwer treffe und damit die Erschließung wichtiger Absatzmärkte im In- und Ausland erschwere. Statt den Winzern Mittel zu streichen, seien diese vielmehr auf die Unterstützung der Politik angewiesen, um auf dem hart umkämpften Weinmarkt zu bestehen.

Daneben zeigte sich Funck auch tief besorgt über die massive Erhöhung der TVA im Horesca-Bereich, die den Wein- und Gaststättengewerbe noch weiter zu bremsen drohe. Dabei sei die Lage an der Mosel nach zwei bescheidenen Ernten ohnehin sehr angespannt. Beklagt wurde darüber hinaus, wie auch bereits von den Landwirten, die allgemeine Unsicherheit angesichts immer strengerer Auflagen und Verbote. (j)

Europa und Luxemburg, GAP und PDR

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), erster gemeinsamer Feldversuch der EU-Staaten, bildet das Fundament der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Daraufhin werden die nationalpolitischen Leitlinien gezeichnet, in Luxemburg der Plan de développement rural (PDR) und, als gesetzliche Grundlage, das Agrargesetz, mit einer mehrjährigen Laufzeit. Unter Berücksichtigung der GAP-Vorgaben setzt der künftige Plan de développement rural, der zurzeit in Brüssel begutachtet wird, in folgenden drei Bereichen Akzente: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Familienbetriebe, Erhalt der Ökosysteme (der PDR sieht 15 konkrete Maßnahmen zur Förderung von Umwelt- und Klimaschutz vor), Entwicklung des ländlichen Raumes (z. B. via Leader-Projekte). Für die Zeitspanne von 2014 bis 2020 sieht der sich auf dem Instanzenweg befindliche PDR Zuschüsse über rund 700 Millionen Euro vor; davon steuert Luxemburg 400 Millionen Euro bei, 300 Millionen Euro kommen aus Brüssel. (mas)

Wir werden den natürlichen Ressourcen zu schützen, konsequent erfüllen.“

Staatssekretär Camille Gira
(Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ vom 11. September 2014)

131 000 Hektar Nutzfläche – die Existenzgrundlage

Rund 131 000 Hektar macht die landwirtschaftliche Nutzfläche aus. In den kommenden Jahren kann diese Fläche erheblich schrumpfen – wegen Biotopkataster, Flächenpool und sektoriellen Leitplänen. Werden die Leitpläne in vorliegender Form umgesetzt – Ausweisung von zusätzlichen 700 Hektar für Gewerbegebiete, Verwirklichung von 35 Schienen- und Straßenbauvorhaben, Schaffung der „projets d'envergure“ im Wohnungsbau und Umsetzung des 10 000 Wohnungen umfassenden Mehrjahresplanes –, geht dies zu Lasten der Landwirtschaft. Das gilt ebenfalls für den in der Neufassung des Naturschutzgesetzes vorgesehenen Flächenpool (für Kompensierungszwecke). Letztlich sehen die Bauern die Gefahr, dass der Biotopkataster, der zwar „nur“ 3,6 Prozent der Nutzfläche betrifft, Ackerbau und Viehzucht auf diesen Flächen erheblich einschränkt. Dem Anliegen der Bauern, eine „zone de protection agricole“ von etwa 53 000 Hektar zu schaffen, hat die Regierung aufgrund juristischer Bedenken nicht stattgegeben. (mas)